

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 32 (1952-1953)
Heft: 12

Artikel: Die politische Bedeutung der neuen Terrorwelle in der Sowjetunion
Autor: Dirksen, Herbert v.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-160103>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DIE POLITISCHE BEDEUTUNG DER NEUEN TERRORWELLE IN DER SOWJETUNION

von HERBERT v. DIRKSEN

Wie durch einen Vulkanausbruch wurde die Weltöffentlichkeit durch die TASS-Meldung vom 13. Januar erschüttert, welche die Verhaftung von neun bedeutenden Ärzten in Moskau wegen angeblicher Tötung hervorragender Parteimänner und Heerführer meldete und damit eine neue Terrorwelle einleitete. Seit 15 Jahren hatte der Krater still gelegen. Nun schleuderte er wieder die Schlacken innerpolitischer Kämpfe in die Außenwelt. Darüber, daß auch die bevorstehenden Schauprozesse nur grauenhafte Justizkomödien bedeuten, ist sich die ganze Welt einig. Aber welche politischen Notwendigkeiten veranlassen oder zwingen den Kreml, dieses furchtbare Schauspiel aufs neue aufzuführen, nachdem das Sowjetsystem sich eben erst durch den Schauprozeß Slansky und Genossen in Prag das Entsetzen und die Verachtung der gesamten kultivierten Menschheit zugezogen hatte? Von der Beantwortung dieser Frage hängt die Beurteilung der weltpolitischen Lage ab. Infolge der den Diktaturen gegebenen Möglichkeit, ihre innere Entwicklung von der Außenwelt abzuschließen, ist nur ein Indizienbeweis möglich. Um ihn zu führen, müssen wir die TASS-Meldung in Zusammenhang bringen mit der «*Shdanowtschina*», den drei unter dem Zeichen Shdanows stehenden Nachkriegsjahren, und einigen Ereignissen der letzten Monate, die von der Öffentlichkeit weniger beachtet worden sind.

I.

In den Jahren nach dem Krieg, von 1945—1948, war *Shdanow* der zweite Mann in der Sowjetunion, offensichtlich als Nachfolger Stalins ausersehen. Volkstümlich geworden durch die Leitung der Verteidigung Leningrads im Kriege, zum Generalobersten ernannt, von einer nationalistischen Welle getragen, Mitglied des Politbüros, stürzte sich der ehrgeizige, im besten Mannesalter stehende Politiker in die Verwirklichung weit ausschauender Pläne. Er führte die rücksichtslose Zerschneidung aller Fäden durch, die das sowjetische Geistesleben mit der westlichen Welt verbanden, und errichtete das trügerische Gebäude vom Primat des russischen Geistes. Er verfocht die Ausdehnung der Sowjetunion nach dem Westen und Südwesten. Als geistiger Vater des Satellitensystems suchte er die südosteuropäischen

Staaten als Sturmböcke gegen den Westen auszubauen, wobei er den Vertretern des nationalen Kommunismus dieser Länder, wie Dimitrow und Tito, so viel Freiheit ließ, daß sie den Gedanken einer Balkanföderation erörtern konnten. Der Unterwühlung des Westens sollte die der Komintern nachgebildete Kominform dienen, die Shdanow organisierte und leitete. In die Hauptstadt des stärksten Balkanstaates, in die Residenz seines Freundes Tito, nach Belgrad, verlegt, die französische und italienische kommunistische Partei umfassend, sollte das nationalistisch-russische kommunistische System weiter nach Westen vorgetragen werden. Auch für die Blockade Berlins setzte sich Shdanow ein und erschien häufiger in Karlshorst.

Die Angriffslust Shdanows trat bei der Rede zutage, die er anlässlich der Gründungsfeier der Kominform in Belgrad hielt: Die Hauptgefahr für die Kommunisten bestehe darin, die Stärke der Feinde zu überschätzen und die eigene Stärke zu unterschätzen.

Aber der allzu straff gespannte Bogen zersprang. Stalin und das Politbüro untersagten Dimitrow die Erörterung einer Balkanföderation. Tito, vor die Wahl gestellt, willenloses Werkzeug des Kremls zu werden oder seine Freiheit durch Abfall vom Sowjetblock zu retten, nahm dieses Risiko auf sich und sicherte dadurch seine Selbständigkeit. Stalin, der nun die Gefahren einer weiteren Aggressionspolitik, so kurze Zeit nach dem Putsch in der Tschechoslowakei, erkannte, rief Shdanow zurück. Zwei Monate später erlag der 51-jährige angeblich einer Herzattacke. Sein Gegenspieler und Konkurrent, Malenkow, konnte sich nun fest in den Sattel setzen und rottete die Anhänger Shdanows rücksichtslos aus. Mehr Innenpolitiker als Außenpolitiker, folgte er der Linie Stalins, der die westliche Front einfrieren ließ und sich mehr Ostasien zuwandte, wo der Sieg der Rotchinesen die Sowjetunion ohnehin vor ungeheure Aufgaben stellte.

Nicht lange überlebte Shdanows Günstling und wohl auch sein geistiger Mentor, Wosnessensky, die Ausschaltung seines Gönners. Der glänzend begabte jugendliche Chef der Planungskommission hatte die wirtschaftliche Schlüsselstellung des Sowjetreichs inne und war als Mitglied des Politbüros auch politisch in den engsten Kreis aufgenommen worden. In seinen Reden vertrat er die orthodoxe kommunistische Linie, und wenn er eine politische Note anklingen ließ, so folgte er Shdanows Ideologie. In seinem Buch über die Kriegsleistungen der Sowjetunion hatte er behauptet, daß das kombinierte Kriegspotential der Sowjetunion und der Satelliten dem des Westens überlegen sei. Somit unterstellte er, ganz im Sinne Shdanows, daß die Sowjetunion es auf einen Krieg mit dem Westen ankommen lassen könne. Auch der von ihm im Streit mit Professor Varga eingenommene Standpunkt, daß die Wirtschaft der kapi-

talistischen Staaten dicht vor dem Zusammenbruch stehe, entsprach der Parteilinie, während die These des berühmten Wirtschaftlers Varga recht unorthodox war. Trotzdem kam dieser mit einem Tadel und dem Verlust seiner Stellung davon. Wosnessensky aber erlag den erbitterten Angriffen Malenkows. Er wurde aus dem Politbüro ausgestoßen. Über sein weiteres Schicksal ist nichts bekannt.

II.

Soweit die «Shdanowtschina» der Jahre 1945—1948. Nun die Ereignisse, die zur TASS-Verlautbarung vom 13. Januar hinleiten.

Kurz vor dem Parteikongreß im Oktober v. J. in Moskau veröffentlichte bekanntlich Stalin in der offiziellen Parteizeitschrift «Bolschewik» (jetzt in «Kommunist» umbenannt) einen langen Aufsatz, in dem er sich mit theoretischen Fragen, meist wirtschaftspolitischer Natur, auseinandersetzte, teils ex cathedra predigend, teils mit ziemlich unbekannten Parteigenossen polemisierend. Die langatmigen wirtschaftstheoretischen Auseinandersetzungen dienten dem Nachweis, daß der Übergang vom Sozialismus in das Elysium des Kommunismus viel längere Zeit in Anspruch nehmen würde als manche Genossen dächten. Insbesondere wies Stalin darauf hin, daß auch die wirtschaftliche Entwicklung des Sowjetstaates sich nach bestimmten, unabänderlichen Gesetzen vollziehe und nicht etwa durch die Parteileitung beeinflußt werden könne.

Sachverständige Beurteiler wie Mehnert («Osteuropa», Jahrg. 2, Heft 6, S. 409) und Crankshaw im «Observer» vom 4. und 11. Januar stimmen in der Ansicht überein, daß Stalin seine Schrift in defensiver Tendenz geschrieben habe, um sich gegen Vorwürfe zu verteidigen, daß die von der Partei geweckten Hoffnungen auf baldigen Eintritt des Goldenen Zeitalters sich noch immer nicht erfüllt hätten und die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern immer noch zu wünschen übrig lasse.

Ein weiteres Glied in der Kette: am 7. Januar versammelten sich in der Akademie der Wissenschaften etwa 1000 Mitglieder, um eine donnernde Strafrede ihres Präsidenten Ostrowitjanow über sich ergehen zu lassen. Er rügte nicht nur allgemeine Mängel in der Arbeitsweise, sondern er verurteilte insbesondere die Sympathie und die Zustimmung, welche die Mitglieder den unmarxistischen und sekterierischen Ausführungen Wosnessenskys entgegengebracht hätten.

Ungefähr um die gleiche Zeit veröffentlichte der bekannte Gelehrte Professor Fedossejew zwei Aufsätze in der amtlichen «Iswestija», in denen er die Stalinsche Schrift analysierte und erklärte. Daß sich seine Ausführungen durchaus auf der orthodoxen Partei-

linie bewegten, darüber herrschte kein Zweifel. Trotzdem antwortete auf diesen Aufsatz der Partei-Ideologe und Propagandist Suslow, die rechte Hand Malenkows, mit einem wütenden Angriff auf Fedossejew, weil er diese an sich korrekten Artikel veröffentlicht hätte, ohne vorher Selbstkritik zu üben für seine Zustimmung zu den Schriften Wosnessenskys. Fedossejew war bis 1949 Hauptschriftleiter des «Bolschewik» gewesen, hatte in dieser Eigenschaft den damals noch völlig unbescholtene Wosnessensky gebilligt und war nach dessen Sturz mit seinem gesamten Stab durch Malenkow von der Schriftleitung entfernt worden. Die Tatsache allein, daß er wieder publizierte, wenn auch linientreu und in der amtlichen «Iswestija», genügte, um vom Bannstrahl Suslows getroffen zu werden. Nunmehr beeilte sich Fedossejew, sein Reuebekennen zu veröffentlichen, und auch die «Iswestija» bekannte ihre Mitschuld — ein wohl einmaliger Vorgang in der Geschichte der sowjetischen Publizistik!

Kurz darauf erfolgte die Bekanntgabe der Verhaftung von neun hervorragenden Ärzten — darunter sechs Juden — wegen Tötung von Shdanow und des im Mai 1945 gestorbenen Leiters der politischen Abteilung der Roten Armee, Schtscherbakow, und wegen versuchter Tötung verschiedener Sowjet-Marschälle. Diese Untaten, so führte die «Prawda» aus, seien im Dienst angelsächsischer Spionagestellen sowie der jüdischen (karitativen) Organisation «Joint» begangen worden. Einen scharfen Verweis erteilte das Parteiorgan dem Staatsicherheitsdienst und dem Gesundheitsministerium wegen unzureichender Wachsamkeit.

III.

Überblickt man den Gang der vorstehend dargestellten Entwicklung, so wird zunächst klar, daß es sich bei der neuen Terroraktion des Kremls nicht darum handelt, gegen einige Ärzte einen Schlag zu führen, teils zur Entfesselung einer antisemitischen Hetze, teils, weil sie Mitwisser früherer Verbrechen waren — wie 1938 der hervorragende Internist Professor Pletnjow in einem Schauprozeß dafür liquidiert wurde, daß er um die Ermordung Ordschonikidse und Maxim Gorkis wußte. Der geheimnisvolle Tod Shdanows, dessen Totenschein von dreien der jetzt angeklagten Ärzte unterschrieben wurde, ist es allein nicht, der den Schauprozeß ausgelöst hat. Und erst recht nicht die Persönlichkeit des weniger bekannten Schtscherbakow oder gar die gescheiterten Versuche gegen das Leben der Marschälle; diese letztere Anschuldigung scheint rein innenpolitischen Opportunitätsgründen zu entstammen.

Überblickt man vielmehr Shdanows Rolle und seine enge Verbindung mit Wosnessensky und zieht man weiter in Betracht, daß

gerade auch der letztere jetzt pro et contra wieder in das Blickfeld der Öffentlichkeit gezogen worden ist, so ergibt sich als berechtigte und selbstverständliche Schlußfolgerung die Tatsache, daß in den inneren Zirkeln der Partei ein besorgniserregendes Wiederaufleben der gesamten Shdanow-Wosnessensky-Richtung zu spüren gewesen ist und die leitenden Männer in Besorgnis versetzt hat. Dem in Ungnade gefallenen Wosnessensky-Anhänger Fedossejew war es gelungen, in der amtlichen «Iswestija» Fuß zu fassen. Diese Tat sache allein genügte, um den gefürchteten Suslow auf den Plan zu rufen. Und warum die Philippika von Präsident Ostrowitjanow vor seinen 1000 Akademikern, wenn nicht ernste Anzeichen für ein Wiederaufleben des Geistes der «Shdanowtschina» zu bemerken gewesen wären?

Was aber war der Inhalt der oppositionellen Strömungen, die von Stalin-Malenkow-Suslow mit so massiven Mitteln niedergeknüppelt werden? Einzelne Rußlandkenner haben die Möglichkeit erörtert, daß im Kreml aggressive, kriegerische Tendenzen in der Bildung begriffen wären gemäß den von Shdanow-Wosnessensky über die Überlegenheit des sowjetischen Kriegspotentials vertretenen Gedanken. Man hat auch die Hypothese aufgestellt, daß der Kreml eine gründliche Säuberung der Partei vornehme, um schlagkräftige Kaders für den beabsichtigten Krieg zu bilden.

Diese Besorgnisse vor einem sowjetischen Angriffskrieg erscheinen unbegründet. Überblickt man die politische Entwicklung des vergangenen Jahres, so hat die Politik der Sowjetunion gegenüber dem Westen eher einen defensiven Eindruck gemacht. Auch die auf dem Parteikongreß gehaltenen Reden erweckten in sachverständigen Beurteilern die Überzeugung, daß die UdSSR eine Ruhpause nötig habe. Verfolgt man schließlich, wie die von Malenkow in seiner Rede auf dem Parteikongreß angekündigten Maßnahmen zur Hebung der Parteimoral und zur Abstellung von Mißständen im Wirtschaftsleben des Landes jetzt durchgeführt werden, so bestätigt sich der Eindruck, daß Malenkow auf dem Kongreß wirkliche Mißstände aufgezeigt hat und nicht etwa Schwarzmalerei zur Irreführung des Gegners trieb. Es ist unwahrscheinlich, daß eine Diktatur, die eine über lange Zeit sich hinziehende Säuberung ihres Parteapparates vornimmt, die ferner die Agrarwirtschaft revolutioniert und zahllose Mißstände der Industrie — teilweise wieder durch Verhängung von Todesstrafen — abzustellen hat, gerade jetzt offensiv werden will.

Auch die von Wosnessensky vertretenen theoretischen Lehren scheinen wenig geeignet, einer oppositionellen Bewegung innerhalb der Parteien zugkräftige Parolen zu bieten. Die Frage, ob die «kapitalistische Welt» von unmittelbarem oder erst später eintretendem

Zusammenbruch bedroht sei, bietet für die Parteidogmatiker dankbare Themata, um Haarspaltereи zu treiben oder Häretiker zu denunzieren. Den Kern für eine Opposition gegen die herrschende Clique abzugeben, sind sie nicht geeignet.

So erscheint die Schlußfolgerung berechtigt, daß die Gegner Stalins und Malenkows ihrer Erbitterung über das herrschende Regime und vor allem über das Ausbleiben einer wirtschaftlichen Besserstellung der breiten Volksmassen in der Schaffung eines Shdanow-Mythos Ausdruck gegeben haben, der die Wosnessensky-Anhänger zu erneuter publizistischer Tätigkeit ermutigt hat. Die Gegenmaßnahmen der Parteileitung sind dann in der Veröffentlichung von Stalins Schrift zu erblicken, welche die Mängel des Alltags mit unabänderlichen wirtschaftlichen Gesetzen erklären sollte. Das Geraune über einen gewaltsamen Tod Shdanows wird in die Kanäle eines Schauprozesses gelenkt, der die Schuld auf die Ärzte des Kremls ablenkt und gleichzeitig unbequeme Mitwisser beseitigt. Die Erregung einer Progomstimmung durch Belastung jüdischer Ärzte und internationaler jüdischer Organisationen appelliert an die niedrigsten Triebe des in der Masse noch verbreiteten Antisemitismus und fügt sich in das außenpolitische Ziel eines Werbens um die arabische Welt. Das Wiederaufleben von Lehren Wosnessenskys, der im Vergleich zu Shdanow doch nur eine Figur von minderer Bedeutung ist, wird durch Bannstrahl Parteigewaltiger gedrosselt.

IV.

Diese Begründung für die Ingangsetzung des Schauprozesses gegen die Kreml-Ärzte läßt aber noch zwei innenpolitisch wichtige Nebenerscheinungen bei der Ankündigung der Aktion außer acht: den Angriff der «Prawda» auf die Staatspolizei wegen mangelnder Wachsamkeit und die Einbeziehung der Sowjet-Marschälle durch die Behauptung, daß auch ihre Beseitigung geplant gewesen sei.

Die Drohung der «Prawda» gegen die Staatspolizei beweist, daß die Partei der M.W.D. nicht traut und eine Aktion ähnlich der Säuberung der Dreißigerjahre gegen sie plant oder zumindesten mit ihr droht. Diese Drohung ist um so überraschender, als sie von Malenkov kommt und sich an Beria richtet. Dabei galten diese beiden als unzertrennliche Kampfgenossen. Sie bildeten zusammen mit Molotow, der jetzt aber einen starken Rückschlag erlitten hat und aus der «Troika» ausgebootet werden ist, und dann mit Chruschtschow das Dreigespann mit dem Ziel der Machtergreifung nach dem Tod von Stalin.

Ob Malenkow und sein Anhang einen Schlag gegen Beria und die gesamte Staatspolizei führen oder nur unerwünschte Einzelpersonlichkeiten ausschalten wollen, ist eine Frage, die sich noch nicht beantworten läßt. Jedenfalls gilt jetzt schon Generaloberst Abakumow, eine der leitenden Persönlichkeiten der Staatspolizei, als abgängig. Überdies werden sich Stalin, Malenkow und ihr Anhang davon Rechenschaft ablegen, daß Beria kein psychopathischer Sadist ist, der für kurze Zeit an die Spitze der GPU gesetzt wurde, um die fürchterliche Blutarbeit der Dreißigerjahre zu verrichten und dann selbst dem Henker ausgeliefert zu werden wie Jagoda und Jeschow. Beria ist ein außerordentlich kluger und fähiger Verwaltungsbeamter, der den gesamten Riesenapparat der Staatspolizei zusammen mit den Sonderaufgaben der Zwangsarbeitslager, der Atomforschung und der Kanalbauten seit 15 Jahren — und diese Zeitspanne spielt eine entscheidende Rolle für die Begründung einer Hausherrschaft — in fester Hand hält. Die Spitzen der Partei werden sich ihre Schritte besonders genau überlegen müssen, wenn das Gerücht auf Wahrheit beruht, daß eine Annäherung der Staatspolizei an das Heer erfolgt sei.

An diesem Punkt setzt nun die Überlegung ein, ob die Einbeziehung der Generäle in die Liste der angeblichen Opfer der neun Ärzte mit dem Ziel vorgenommen wurde, die Armee wieder mehr an die Partei heranzuziehen. Denn durch die Benennung im Ärztschauprozeß werden die Marschälle der Öffentlichkeit als mögliche Opfer der Gegenrevolution präsentiert, und zwar noch nicht als Retter des Vaterlandes, aber doch als starke Stützen der Partei der Öffentlichkeit empfehlend in Erinnerung gebracht.

Eine solche Geste der Parteileitung gegenüber der Armee wäre bei einer so gefährdeten innerpolitischen Lage auch nur verständlich und ratsam. Denn die Spannung zwischen Partei und Wehrmacht hat sich seit 1945 nicht gelockert — im Gegenteil. Daß unmittelbar nach Kriegsende die volkstümlichen Heerführer, insbesondere Marschall Schukow, den Blicken der Öffentlichkeit entzogen wurden, ist allgemein bekannt, aber daß auch noch in der letzten Zeit die Partei die Militärs vor den Kopf gestoßen hat, bewies erst der 19. Parteikongress im Oktober 1952. Boris Meißner hat in einer Analyse der neuen Zusammensetzung des Zentralkomitees («Ost-Europa», 2. Jahrgang, Heft 6, S. 423) nachgewiesen, daß bei dieser Gelegenheit eine bewußte Zurücksetzung der Berufsoffiziere festzustellen gewesen ist. Die Armee hat sich hierüber so geärgert, daß sie die nachträgliche Berufung des Marshalls Goworow in das Zentralkomitee durchgesetzt hat. Ob sich diese Annäherungsversuche der Partei an die Armee zu einer ausgesprochenen politischen Linie herausbilden werden, muß abgewartet werden. Wie sehr die Partei bestrebt ist, die Einheits-

front zumindest mit der Staatspolizei als unverändert fortbestehend darzustellen, geht daraus hervor, daß laut «Time» vom 26. Januar am Abend der Veröffentlichung der TASS-Verlautbarung vom 13. Januar Stalin in der Oper erschienen ist, begleitet von Malenkow, Molotow, Woroschilow, Chruschtschow und — Beria.

V.

Überblickt man die Anfänge der neuen Terror- und Säuberungsaktion, die jetzt im Anlaufen ist, so wird auch der vorsichtige Beurteiler feststellen, daß die regierenden Kreise der Sowjetunion von einer schweren innerpolitischen Krise erschüttert werden. Wenn Stalin die anscheinend ziemlich weit herabreichende Opposition nur dadurch beschwichtigen zu können glaubt, daß er zu dem grotesken und wohl auch in der Sowjetunion selbst nicht mehr überzeugenden Mittel eines Schauprozesses greift, um dadurch eine neue Terrorwelle auszulösen, so zeigt das, welchen Bedrohungen der Herrschaftskern des Sowjetreiches ausgesetzt ist. Eine ähnliche Entwicklung hat der Schauprozeß Slansky für die Satellitenstaaten erwiesen. Mit dem zunehmenden Alter von Stalin und dem Bestreben der Diadochen, sich günstige Ausgangsstellungen für den Machtkampf zu sichern, werden diese Krisenerscheinungen sich fortsetzen. Die Politik des Westens wird daraus die Lehre ziehen, daß es zweckmäßiger ist, den Verlauf dieser Vorgänge abzuwarten und zu beobachten, als in die innere Entwicklung durch eine zum Scheitern verurteilte Propaganda von außen einzugreifen.